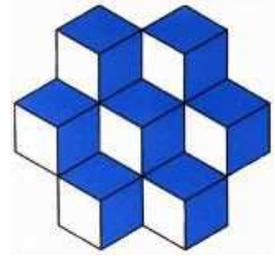


BAUGEWERBLICHE VERBÄNDE

BAUGEWERBE-VERBAND NORDRHEIN
DACHDECKER-VERBAND NORDRHEIN
DEUTSCHER AUSLANDSBAU-VERBAND E.V.
FACHVERBAND AUSBAU UND FASSADE NRW
STRASSEN- UND TIEFBAU-VERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN
ZIMMERER- UND HOLZBAU-VERBAND NORDRHEIN



Kontakt: Harald Siebert
Graf-Recke-Str.43
40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/91429-18
h.siebert@bgv-nrw.de

Interview mit der BauInfo: Mentalitätswechsel ist in NRW nötig

FDP-Experte Ellerbrock sieht „nicht einmal die Absicht, Auflagen zu reduzieren“

Düsseldorf. Einen konsequenten „Mentalitätswechsel“ in Richtung Abbau von Bau- und Genehmigungsvorschriften fordert der Sprecher für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung der FDP-Landtagsfraktion, Holger Ellerbrock. Gegenüber der BauInfo, der Mitgliederzeitschrift der Baugewerblichen Verbände, kritisiert er jedoch, im Düsseldorfer Bauministerium gebe es „augenscheinlich noch nicht einmal die Absicht, Auflagen zu reduzieren“.

„Baukostentreiber Nr. 1“ sei der Staat selbst, unterstreicht Ellerbrock. Seine Partei wolle „deshalb die zahlreichen Vorschriften prüfen, damit das Dickicht von beizubringenden Unterlagen ausgedünnt wird“. Der FDP-Bauexperte verweist hier auf das Vorbild Niederlande. An dem dortigen „Mentalitätswechsel muss sich auch NRW orientieren“. Notwendig sei unter anderem, „dass Baugenehmigungsverfahren durch verbindliche Fristen deutlich beschleunigt werden. Wir unterstützen die Forderung nach Behördenlotsen“ als Ansprechpartner in der Verwaltung.

Ein Beispiel für eine inzwischen überzogene Regelung seien die Energieeinsparverordnungen. Hierzu habe sich die FDP schon im Mai „für ein dreijähriges Moratorium und eine Evaluation eingesetzt. Alleine die EnEV 2016 treibt die Baukosten um sieben bis acht Prozent nach oben. Die Kosten und die Energieeinsparungen stehen in keinem Verhältnis mehr und müssen überdacht werden. Denn die sehr eng gefasste EnEV-Systematik ist mit immer weiteren Verschärfungen verbunden. Da die Bau- und Energiestandards bei uns weltweit am höchsten sind, halte ich ein Moratorium für angebracht und vertretbar.“

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft sieht der Liberale insgesamt in keiner guten Verfassung. Das Bundesland sei „beim Wirtschaftswachstum weit abgeschlagen. Als FDP wollen wir daher in erster Linie die Rahmenbedingungen ändern, zum Beispiel durch eine „One in, One out“-Regelung“ als Bürokratie-Bremse.

Besonders kritisiert wird von der Wirtschaft seit langem

PRESSSEINFORMATION

das Tariftreue- und Vergabegesetz. Der FDP missfällt es ebenfalls grundsätzlich. „Vollumfänglich gescheitert“, so Ellerbrock in dem mit Blick auf die Landtagswahl geführten Interview mit der BaulInfo. „Bis heute ist keine einzige positive Auswirkung bekanntgeworden. Stattdessen schafft es Bürokratie und belastet Mittelstand, Bürger und Verwaltung.“ Die FDP-Fraktion wolle das Gesetz „daher schnellstmöglich und ersatzlos abschaffen“.

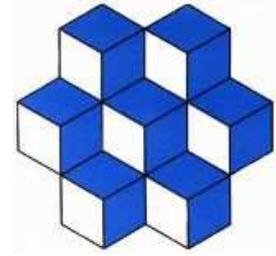
Auch die Sorgen des Baugewerbes über die Schulpolitik und über die Schwächen der Schulabgänger teilt der FDP-Abgeordnete „uneingeschränkt. Wir haben einen Akademisierungswahn, der die Vorteile unserer dualen Ausbildung, die weltweit hochgeschätzt ist, verkennt. Das ist nicht nur ein massives Problem bei der Fachkräftesuche und Betriebsübergabe. Vielen jungen Menschen fehlen auch wichtige Kompetenzen, um erfolgreich in eine Berufsausbildung zu starten.“ Zu den „vielen Baustellen in der Bildungspolitik“ zählt Ellerbrock die Notwendigkeit einer „Umorientierung und neuen Wertschätzung hin zur beruflichen Ausbildung als gleichwertiger Säule neben der akademischen. Berufsorientierung und -beratung muss auch an Gymnasien und Gesamtschulen die duale Ausbildung stärker in den Blick nehmen. Die Wirtschaftskompetenz wollen wir durch ein Schulfach Wirtschaft stärken sowie durch mehr Praxisbezug in Form von mehr Praktika gerade in Handwerk und Mittelstand. Wir unterstützen außerdem die Forderungen aus dem Handwerk, ein Berufsabitur zu etablieren“.

Überaus zuversichtlich ist Holger Ellerbrock, dass die von der FDP angeregte Enquetekommission des Landtags zur Zukunft des Handwerks die hohen Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, erfüllt. Sie sei „schon jetzt ein großer Erfolg“ und habe „das Handwerk mit all seinen herausragenden Leistungen, aber auch den notwendigen Entlastungen in den Fokus der Landespolitik gerückt“. Es sei „ein langer Katalog von Handlungsempfehlungen für die nächste Landesregierung entstanden. Wir sind zuversichtlich, dass die vielen Anregungen und Schilderungen aus den Betrieben klaren Einfluss finden. Aus Sicht der FDP sind dabei die Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes, eine verbesserte Gesetzesfolgenabschätzung, die Förderung von Gründungen und der Gründungsberatung durch die Handwerksorganisationen sowie die Schaffung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung durch Stärkung und Ausbau berufsbildender Angebote besonders wichtig.“

PI 12/2016

Die Baugewerblichen Verbände als Stimme des Bau- und Ausbaugewerbes

Die Baugewerblichen Verbände vertreten als Dachorganisation von sechs Verbänden aus dem Bau- und Ausbaugewerbe die Interessen von etwa 5.000 mittelständischen Unternehmen in NRW mit etwa 55.000 Mitarbeitern gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Sie bieten zudem als Dienstleister umfassenden Service und Beratung für die Betriebe. In den ehrenamtlichen Gremien der Verbände engagieren sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmer. Das Baugewerbe stellt den bedeutendsten Handwerksbereich dar. Bei den zent-



PRESSSEINFORMATION

ralen wirtschaftlichen Kennziffern übertrifft es in NRW zudem die Bauindustrie sehr deutlich - bei Betriebs-, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen um den Faktor 3, bei den Auszubildenden um den Faktor 6.